

Finanz- und Wirtschaftsausschuss

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Finanz- und Wirtschaftsausschuss - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 16.10.2017
Raum: Ratssaal des Rathauses
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:45 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr stv. BM Gerd Langhorst B90/Grüne

ordentliche Mitglieder

Herr Erich Bischoff CDU

Herr Thorsten Bohmann CDU

Frau Susanne Lamers CDU

Herr Hendrik Lehnert CDU

Herr Rüdiger Kramer SPD für Wilhelm Janßen

Herr Horst Segebade SPD

Herr Levent Süre SPD

Herr Jan Hoffmann B90/Grüne

Herr Theo Meyer UWG

Herr Stefan Scheffler FFR

Verwaltung

Herr Bürgermeister Dieter von Essen

Herr Günther Henkel

Herr Fritz Sundermann

Herr Stefan Unnewehr

Herr Frank Dudek

Herr Ralf Kobbe Protokoll

Gäste

Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung Rastede

Frau Britta Lübbers von der Rasteder Rundschau

Herr stv. BM Torsten Wilters CDU

sowie 6 weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Herr Wilhelm Janßen SPD

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 04.09.2017
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2018
Vorlage: 2017/172
- 6 Realsteuern, Anhebung der Hebesätze ab 2018
Vorlage: 2017/174
- 7 Einwohnerfragestunde
- 8 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Langhorst eröffnet die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses um 16.00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Langhorst stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind elf stimmberechtigte Mitglieder.

Bürgermeister von Essen unterbreitet den Vorschlag, aufgrund der engen inhaltlichen Verbindung die Tagesordnungspunkte 5 und 6 zunächst seitens der Verwaltung komplett vorzustellen sowie zu beraten und im Anschluss selbstverständlich getrennt über die beiden Punkte abzustimmen.

Nach kurze Aussprache herrscht Einvernehmen entsprechend vorzugehen.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 04.09.2017

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 04.09.2017 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Herr Langhorst weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgen mehrere Anfragen eines Zuhörers, die vom Bürgermeister und Mitarbeitern der Verwaltung beantwortet werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Kontinuität der Schlüsselzuweisungen / Kreisumlage
- Einsparmöglichkeiten hinsichtlich der Haushalte 2018 ff

Tagesordnungspunkt 5

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2018

Vorlage: 2017/172

Sitzungsverlauf:

Herr Dudek stellt anhand einer umfangreichen Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist, den Haushaltsplanentwurf sowie die Auswirkungen einer möglichen Anhebung der Realsteuern vor und macht dabei deutlich, dass die Gesamtsituation in diesem Jahr weiter angespannt ist und nach derzeitigem Planungsstand der Ergebnishaushalt erneut nicht ausgeglichen werden kann und trotz erwarteter außerordentlicher Erträge in Höhe von 1,26 Millionen Euro ein Negativergebnis von rund 40.000 Euro aufweist. Er betont in diesem Zusammenhang, dass der Ausgleich nur durch Fiktion entsteht, indem das Defizit mit den Rücklagen aus Vorjahren (Verrechnung mit der Überschussrücklage) in der Bilanz ausgeglichen wird. Im Übrigen ist festzustellen, dass auch die fixen Kosten insbesondere durch die neuen Kindertagesstätten (Personalkosten) kontinuierlich steigen. Deutlich gravierender ist aus Sicht der Verwaltung der Fehlbetrag in Höhe von rund 1,2 Millionen Euro im Finanzhaushalt, der ohne den einmaligen Zuschuss des Landkreises in Höhe von rund 630.000 Euro für die Kindertagesstätten sogar rund 1,84 Millionen Euro betragen würde, sodass letztendlich ohne die einmalige Unterstützung nicht einmal mehr die ordentliche Tilgung erwirtschaftet werden könnte. Er weist im Anschluss darauf hin, dass die planerische Haushaltsentwicklung für die nächsten Jahre eindeutig negativ ist und eine nachhaltige Verbesserung der Haushaltssituation durch eine Steuersatzanhebung als eine Maßnahme möglich wäre. Durch die Anhebung um 35 Prozentpunkte bei der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer könnten auf Basis der Ansätze nach dem Haushaltsplanentwurf 2018 Mehreinnahmen in Höhe von rund 1,25 Millionen Euro generiert werden, womit der Ergebnishaushalt auch ohne die außerordentlichen Erträge ausgeglichen und obendrein auch der Finanzhaushalt mit der erforderlichen Eigenfinanzierungskraft für 2018 in Höhe von 2,42 Millionen Euro (u. a. für die erforderlichen Abschreibungen) ausgestattet werden könnte. Letztendlich würde damit auch die erforderliche Kreditaufnahme von 10,97 auf 9,62 Millionen Euro reduziert werden.

Während des Vortrags von Herrn Dudek werden seitens der Ausschussmitglieder einige Verständnisfragen gestellt und von der Verwaltung erklärt.

Auf Nachfrage einiger Ausschussmitglieder hinsichtlich einer möglichen Kostenerstattung des Landes für die Kitagebühren über das bislang beitragsfreie dritte Kindergartenjahr hinaus erläutert Herr Sundermann, dass sich dadurch keine nennenswerten Verbesserungen ergeben werden, da aktuell das Land pauschal 120 Euro pro Kind/Monat bei einer achtstündigen Betreuung erstattet und bei einer möglichen Ausdehnung der Bezuschussung in gleicher Weise Entgelte der Eltern entfallen.

Auf weitere Anfrage von Herrn Bohmann erklärt Herr Dudek, dass die Überschussrücklage derzeit rund 20 Millionen Euro beträgt.

Frau Lamers bittet darum, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses einmal darzustellen, wie viel in diesem Jahr an Investitionen umgesetzt wurde.

Herr Dudek führt aus, dass dies bereits regelmäßig im Januar/Februar eine Jahres mit der Vorlage des Jahresabschlusses erfolgt.

Herr Henkel ergänzt, dass rund 90 % der für dieses Jahr geplanten Maßnahmen bereits umgesetzt sind, derzeit laufen oder in den nächsten Wochen begonnen werden.

Frau Lamers gibt zu verstehen, dass die Einnahmen bereits seit geraumer Zeit nicht ausreichen, um die Ausgaben zu decken, sodass über die Jahre ein strukturelles Problem entstanden ist, das durch die Einnahmen aus den Grundstückverkäufen übertüncht wurde. Sie legt dar, dass bereits im Haushaltsplanentwurf das Deckenprogramm sowie einige geplante Maßnahmen bei den Feuerwehren gestrichen wurden, die die Gemeinde früher oder später wieder einholen werden. Vor diesem Hintergrund sollten nunmehr zunächst die Ergebnisse aus den Fachausschussberatungen einfließen sowie die Entwicklung bei den Schlüsselzuweisungen und den Steuereinnahmen abgewartet werden, bevor im Finanz- und Wirtschaftsausschuss am 04.12.17 eine abschließende Bewertung erfolgen kann. Sie regt in diesem Zusammenhang an, die Vorlage 2017/174 (Anhebung der Hebesätze) bis zu diesem Termin zurück zu stellen und seitens der Verwaltung Einsparvorschläge zu unterbreiten.

Herr Segebade schließt sich den Ausführungen von Frau Lamers grundsätzlich an und unterstützt den Vorschlag, die Vorlage 2017/174 zunächst zurückzustellen und eingehend die Notwendigkeit einer Anhebung der Hebesätze zu prüfen, da bereits 2015 eine Steuererhöhung vorgenommen wurde. Hinsichtlich des Vorschlags der Verwaltung, die Hebesätze um 35 % zu erhöhen, hätte sich die SPD-Fraktion gewünscht, dass vorab eine umfassende Bürgerinformation stattgefunden hätte, bevor eine politische Beratung diesbezüglich erfolgt.

Bürgermeister von Essen gibt zu verstehen, dass seitens der Verwaltung ein Vorschlag unterbreitet wurde, der richtigerweise zunächst in den politischen Gremien vorgestellt und beraten werden sollte, bevor eine weitergehende Information erfolgt. Bei einem anderweitigen Vorgehen wäre die Politik zurecht irritiert, zumal sie dann ohne Einfluss nehmen zu können mehr oder weniger vor vollendete Tatsachen gestellt würde.

Herr Hoffmann bedankt sich zunächst für den sehr transparent aufgestellten Haushaltsplanentwurf, der den Rasteder Bürgerinnen und Bürgern einen umfassenden Einblick ermöglicht. Er führt weiter aus, dass die Problematik mit dem strukturellen Defizit von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits seit einigen Jahren angemahnt wird und nunmehr auch gegengesteuert werden muss, da auch die Abschreibungen und die vorgesehenen hohen Investitionen den Haushalt 2018 erheblich belasten. Bezüglich des Investitionsprogramms bemerkt er ergänzend, dass hier aus seiner Sicht eine Differenzierung in Investitionen in gesetzlichen Vorgaben (Kita, Schule), den strukturellen Erhalt (Gebäude, Straßen) sowie in Maßnahmen zur Gemeindeentwicklung (Ankauf Wohn- und Gewerbeflächen) erfolgen müsste. Im Übrigen gibt er zu verstehen, dass Rastede im Vergleich zu anderen Umlandgemeinden über eine ausgezeichnete Infrastruktur mit Bädern, Schulen, Sporteinrichtungen und der Bücherei verfügt, deren Unterhaltung relativ viel Geld kostet, sodass sich die Frage stellt, ob man diese Einrichtungen aufgeben beziehungsweise in Frage stellen möchte, nur um einen niedrigen Steuerbetrag zu zahlen.

Herr Bohmann macht deutlich, dass eine Steuererhöhung auch aus Respekt gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern heute nicht beschlossen werden sollte, sondern

zunächst umfänglich geprüft werden muss, ob und inwieweit auf der Ausgabenseite Einsparpotenzial vorhanden ist.

Herr Theo Meyer betont, dass es durch die Baulandpolitik der vergangenen Jahre zu einer „Überdeckung“ der kommunalen Infrastruktur gekommen ist, sodass nunmehr die Folgekosten für zusätzliche Kindertagesstätten und Schulen durchschlagen und letztendlich wesentlich zur schlechten Haushaltslage beitragen. Er beanstandet, dass jetzt erneut erhebliche Investitionen für den Ankauf von Gewerbe- und Wohnbauland zur Verfügung gestellt werden sollen, ohne vorab untersucht zu haben welcher Bedarf vorhanden und welcher ökonomischer Vorteil damit verbunden ist. Vor diesem Hintergrund stellt er die These auf, dass es für den kommunalen Haushalt vorteilhafter wäre, komplett auf die Ausweisung neuer Wohnbaugebiete zu verzichten.

Herr Kramer unterstreicht zum Thema Anhebung der Realsteuern, dass es richtig ist, heute zunächst das Thema zurückzustellen und in Ruhe zu besprechen, welche Möglichkeiten es gibt, um einen sachgerechten und ausgewogenen Haushalt auf den Weg bringen zu können.

Herr Scheffler schließt sich den Ausführungen von Herrn Kramer an und ergänzt, dass damit in den nächsten Wochen eine Menge Arbeit auf die Fraktionen zukommt.

Auf Nachfrage von Herrn Theo Meyer hinsichtlich eines möglichen Verzichts auf Ankauf von potenziellen Wohnbaugrundstücken und den damit einhergehenden Auswirkungen auf den Haushalt erklärt Herr Henkel, dass sich dadurch an der problematischen Haushaltslage im Ergebnis- und Finanzhaushalt grundsätzlich nichts ändert, sondern „lediglich“ die Kreditaufnahme um rund 1,2 Millionen Euro verringert wird. Im Übrigen lässt sich die Frage nach den Folgekosten für ein Stück „Wohnbaugrundstück“ nicht so einfach darstellen, da neben den direkten auch die indirekten Auswirkungen wie zum Beispiel die Wertschöpfungskette für jede einzelne im Haushalt lebende Person berücksichtigt werden müssten.

Herr Hoffmann weist bezugnehmend auf die Ausführungen von Herrn Theo Meyer darauf hin, dass die Diskussion um die Wohnbaulandentwicklung nicht auf Grundlage eines Schwarz-Weiß-Denkens, sondern wesentlich differenzierter erfolgen sollte. Letztendlich wäre es wünschenswert zunächst eine Vorstellung zu erarbeiten, wohin sich die Gemeinde Rastede entwickeln möchte, bevor im Anschluss über die Bereitstellung eines angemessenen Angebots für die Bürgerinnen und Bürger diskutiert werden könnte.

Beschlussempfehlung:

Dem Entwurf der Haushaltsplanung wird unter Berücksichtigung der Beratung zugestimmt und er wird zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 6

Realsteuern, Anhebung der Hebesätze ab 2018
Vorlage: 2017/174

Sitzungsverlauf:

Es wird auf die Beratung unter Tagesordnungspunkt 5 verwiesen.

Es herrscht seitens der Ausschussmitglieder Einvernehmen darüber, die Vorlage bis zur nächsten Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 04.12.2017 zurückzustellen.

Beschluss:

Die Vorlage wird bis zur Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 04.12.2017 zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 7

Einwohnerfragestunde

Herr Langhorst weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgen mehrere Anfragen eines Zuhörers, die vom Bürgermeister und Mitarbeitern der Verwaltung beantwortet werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Kalkulatorische Zinsen bei der Niederschlagswassergebühr
- Kostensteigerung bei der Beteiligung an der Residenzort Rastede GmbH
- Unterhaltung der Sportanlage Köttersweg

Tagesordnungspunkt 8

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Langhorst schließt die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses um 17:45 Uhr.